Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61, Lankwitzstraße 2-3 • Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Illstraße 2 • Druck: Westkreuz-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Moltkestr. 7 • Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr • Anzeigenpreisliste 3 • J. v. W. g. • Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Motzstr. 46 (Fernruf B 5 Barbarossa 0914) zu richten

Nr. 16	Berlin, den 15. August 1936	17. Jahrgang

„Bund der Polen in Schlesien"

Seit 1923 besitzen die beim Reich verbliebenen polnischen Volkssplitter im „Bund der Polen in Deutschland" ihre zentrale Organisation, mit der die meisten anderen polnischen Organisationen, die Wirtschafts-, Jugend-, Schul- und sonstigen Vereinigungen, in mehr oder weniger enger Tuchfühlung stehen. Doch kann von einer völligen, reibungslosen Geschlossenheit innerhalb des polnischen Lagers seit Jahren keine Rede mehr sein, wenn sich der Polenbund bisher auch trotz mehrfacher Absplitterungsversuche unzufriedener Elemente als die maßgebende Organisation zu behaupten vermocht hat. Seine Leitung hat es mehrfach verstanden, durch gewisse persönliche Zugeständnisse die jeweiligen Anführer der Opponenten zum Schweigen zu bringen. Doch hat man im allgemeinen den Eindruck, daß die hauptamtlich in der Berliner Zentrale des Bundes beschäftigten Leute, wie Kaczmarek, Openkowski usw., auch in den Reihen ihrer Anhänger nicht besonders beliebt sind. Eine sich vor einigen Jahren im Kreise Stuhm organisatorisch entfaltende Opposition gegen die Berliner Zentrale ist im Sand verlaufen. Auch die oppositionelle Gruppe, die sich im Jahre 1932 unter den Berliner Polen aufgetan und als Gegenorgan gegen den polenbündlerischen „Dziennik Berlinski" den „Glos Polski z Berlina" herausgegeben hat, hat sich nicht richtig durchzusetzen vermocht. Im ermländischen Polensplitter ist es im allgemeinen ruhig geblieben. Und in der Grenzmark Posen-Westpreußen hat der einflußreiche Pfarrer Dr. Domanski, der vor einigen Monaten von der Leitung des dortigen Landesverbandes des Polenbundes zurückgetreten ist, die Ruhe im polnischen Lager aufrechtzuerhalten verstanden.

Größeren Schwierigkeiten dagegen begegnet der Polenbund schon seit längerer Zeit bei den polnischen Volkssplittern in Rheinland-Westfalen und in Westoberschlesien. Im Ruhrgebiet steht die Opposition unter Führung des Probstes Mackowiak, der im „Verband für gegenseitige Hilfe" eine auf streng kirchlicher Grundlage stehende Vereinigung leitet, die in ihrem Monatsblatt „Dzwon" („Glocke") eine mitunter recht scharfe Klinge gegen die Berliner Zentralhäuptlinge und deren örtliche Statthalter führt. Unangenehmer als diese westliche Opposition ist den Leitern des Polenbundes die „separatistische" Bewegung im Bereich ihres schlesischen Landesverbandes. Schon seit 1933 hat sich dort eine wachsende Unzufriedenheit mit der Berliner Zentrale bemerkbar gemacht. Im November 1935 ist es dann zur „Revolte" gekommen. Damals hat sich in einer Generalversammlung des Landesverbandes I, die von einigen hundert Delegierten beschickt war, die Mehrzahl der Versammelten gegen das „landfremde Bürokratenregime" der Kaczmarek und Genossen ausgesprochen und eine neue Landesverbandsleitung gewählt. Von der Zentrale des Polenbundes ist jedoch weder die Rechtmäßigkeit dieser Versammlung noch die Gültigkeit der Vorstandswahl anerkannt worden. Die Folge davon ist gewesen, daß die Führer der Opposition daran gegangen sind, ein Konkurrenzunternehmen gegen den Polenbund auf die Beine zu stellen.

Am 3. März 1936 wurde die neue polnische Organisation in das Oppelner Vereinsregister eingetragen. Sie nennt sich „Zwiazek Polakow na Slasku T. e." („Bund der Polen in Schlesien e. V."). In der Satzung wird als Zweck dieses Bundes bezeichnet „die Erlangung völkischer Rechte für die polnische Bevölkerung und die Wahrung ihrer Interessen auf allen Gebieten des Gemeinschaftslebens, sowie die Wahrung der besonderen Rechte der Bundesmitglieder". Mitglied des Bundes können alle Polen und Polinnen werden, die mindestens 18 Jahre alt, „völkisch unbemakelt" und deutsche Staatsangehörige sind. Der Sitz des Bundes ist *Oppeln*. Sein Geltungsbereich erstreckt sich über die Provinzen Ober- und Niederschlesien. Der Vorstand setzt sich zusammen aus Johann *Wawrzynek* in Vogtsdorf, der bis vor einiger Zeit Gastwirt in Groß-Strehlitz war, dem Landwirt Karl *Bienussa* in Groß-Döbern und Viktor *Gorzolka* in Oppeln. Seit dem März d. J. entfaltet der Bund in ganz Westoberschlesien *eine lebhafte Werbeaktion*, durch die er nicht nur dem Polenbund seine Mitglieder abzujagen, sondern auch bisher noch nicht von polnischen Organisationen erfaßte Personen unter den Einfluß der polnischen Volkstumsarbeit zu bringen versucht. Vor allem ist der Bund darauf bedacht, die polnische *Jugend* in seine Reihen zu ziehen, was ihm dadurch erleichtert wird, daß sein Hauptagitator, Viktor Gorzolka, bis zu seiner vor einiger Zeit erfolgten Absetzung durch die Polenbundzentrale der Vorsitzende des Verbandes der polnisch-katholischen Jugend in Westoberschlesien war.

Die *Parolen*, unter denen die Werbearbeit durchgeführt wird, lassen sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: Der Polenbund habe, so heißt es, *mit den örtlichen Verhältnissen nicht hinreichend vertraute Funktionäre*, die zumeist aus Westfalen stammen, zu Leitern der oberschlesischen Polenbewegung bestimmt. Er arbeite zu *bürokratisch*. Er lasse die zur Mitführung geeignete örtliche *Jugend* nicht hochkommen. Er sei *in der Erfassung der nationalen Zwischenschicht nicht aktiv genug*. Von den über 1000 Gemeinden Westoberschlesiens sei durch die Arbeit des Polenbundes kaum die Hälfte erfaßt. Die polnische Volkstumsarbeit in Oberschlesien könne nicht von Berlin, sondern nur von den in den örtlichen Verhältnissen aufgewachsenen Polen selbst geführt werden, und mit der Führung müßten mehr, als es im Polenbunde der Fall sei, die jugendlichen Kräfte betraut werden. Gegen den Polenbund wird der Vorwurf einer *verschwenderischen Geldwirtschaft* erhoben; die hohen Gehälter und beträchtlichen Aufwandsentschädigungen, die dessen Funktionäre kassieren, werden unter die Lupe genommen. In einem eigenen kleinen Blatt, dem „Slowo Slaski", werden die Ziele des Bundes vertreten; es hat, ähnlich wie der „Dzwon" in Westfalen, die im Polenbundlager herrschenden Mißstände „unter die Leute zu bringen".

Es handelt sich beim Bund der Polen in Schlesien also um eine Organisation, die die polnische Volkstumsarbeit in Oberschlesien, aber auch im übrigen Schlesien (?), unabhängig von einer weit entfernten Berliner Bürokratie, intensiver und wirksamer durchführen will. Sein Ehrgeiz ist weniger eine groß aufgemachte Organisation, als *eine intensive Kleinarbeit*. Der Bund rühmt sich, in verschiedenen Orten, in denen der Polenbund all die Jahre hindurch nicht Fuß zu fassen vermochte, bereits Erfolge erzielt zu haben, und in anderen Orten, wie z. B. in Grochowitz, wo der Polenbund nur 5 Mitglieder aufweisen konnte, binnen kurzem eine um das Vielfache stärkere Gruppe aufgerichtet zu haben. Bei seiner Gründung scheint die Ueberlegung mitgespielt zu haben, daß es zweckmäßig sei, eine dem „Deutschen Volksbund" in Ostoberschlesien entsprechende polnische Teilgebietsorganisation auf reichsdeutscher Seite zu haben. Bei der Gemischten Kommission für Oberschlesien ist der Bund bereits als Organisation zur Vertretung polnischer Minderheitsinteressen angemeldet worden.

Der zunächst in Mitleidenschaft gezogene Teil ist der *Polenbund*. Er hat der offenbar erfolgreichen Arbeit des Konkurrenzbundes durch eine teilweise Berücksichtigung der von diesem aufgestellten Forderungen entgegenzutreten versucht. Am 8. März d. J. wurde *der bisherige, unhaltbar gewordene Vorstand des Landesverbandes I des Polenbundes beseitigt*. An seiner Stelle wurde auf einer in Oppeln abgehaltenen Tagung des Landesverbandes, an der auch Pfarrer Dr. *Domanski* aus Buschdorf, der Generalsekretär Jan *Kaczmarek* und andere Würdenträger des Polenbundes teilnahmen, ein neuer Vorstand gewählt: Vorsitzender ist der 68jährige Landwirt Franz *Mysliwiec* aus Sprentschütz im Kreise Groß-Strehlitz; sein Vertreter ist der durch verschiedene fragwürdige politische Affären bekannt gewordene Arkadius

Bozek aus Markowitz im Kreise Ratibor; und zum Geschäftsführer wurde der bisher in der Berliner Zentrale beschäftigte Stefan Murek bestellt, der aus Frei-Kadlub im Kreise Rosenberg stammt. Der Polenbund hat also aus der Leitung seines schlesischen Landesverbandes die nichtoberschlesischen Leute entfernt und ist der Forderung, daß die jüngeren Kräfte mehr zur führenden Mitarbeit herangezogen werden müßten, durch die Berufung des Murek, der in der polnischen Akademikerschaft eine führende Rolle spielt, entgegengekommen.

Welche der beiden Gruppen den größeren Erfolg haben wird, läßt sich schwer sagen. Wie aber dieser Wettstreit der beiden einander befehdenden Gruppen auch ausgehen möge, in jedem Falle ist damit zu rechnen, daß dieser Streit zu einer Belebung der polnischen Arbeit in Westoberschlesien führen wird. Denn bei aller Gegensätzlichkeit sind sich die beiden Gruppen einig in der Hoffnung, daß es gelingen werde, Oberschlesien „polnisch zu machen", und auch einig in dem Willen, zur Erreichung dieses Zieles kein Mittel zu scheuen. Der Kampf, der zwischen den beiden Lagern herrscht, darf die Aufmerksamkeit nicht von dieser wichtigeren Tatsache ablenken.

Scholz-Rogozinski in Kamerun

Im Zusammenhang mit dem polnischen Verlangen nach Kolonien wird in der polnischen Propaganda häufig der Name des polnischen Forschungsreisenden Scholz-Rogozinski erwähnt. Man macht mehr oder weniger deutliche Anspielungen auf seine Reisen in Westafrika, die er nach 1882 ausführte und auf denen er auch das Kamerungebirge besuchte. Seine Tätigkeit in Westafrika wird als die Grundlage einer künftigen polnischen Kolonisation in Kamerun bezeichnet, und auf Grund seiner dortigen Tätigkeit werden Ansprüche auf die deutsche Kolonie erhoben. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die italienische Kolonialzeitung „Azione Coloniale" nach polnischen Angaben ihren Lesern mitteilte, daß Rogozinski die in Kamerun erworbenen Landrechte an das Deutsche Reich abgetreten hat, mit der Einschränkung, daß die betreffenden Gebiete an Polen fallen sollten, falls dieses seine politische Souveränität erlangen würde (!?). Es erscheint daher geboten, sich mit dem polnischen Reisenden und seiner wissenschaftlichen und politischen Tätigkeit in Westafrika näher zu befassen.

Rogozinski entstammt einer deutschen Fabrikantenfamilie mit dem Namen Scholz, die ursprünglich in Warschau, später in Kalisch, lebte. Seine Mutter war eine Polin mit Namen Rogozinski. Scholz besuchte nach Absolvierung des Gymnasiums die russische Marineakademie und wurde russischer Marineoffizier. Nach einer längeren Seereise faßte er den Entschluß, eine Forschungsreise durch das damals wenig bekannte Westafrika auszuführen. Scholz, der inzwischen seinem Familiennamen den polnischen Namen Rogozinski angefügt hatte, unter dem er später bekannt wurde, versuchte in seiner Heimat durch einen Aufruf Unterstützung seiner Reisepläne zu erhalten, die er als ein polnisches Unternehmen ausgeben wollte. Im Jahre 1883 landete er in Begleitung zweier polnischer Landsleute in der Umgebung des Kamerunberges. Nach seinen eigenen Reiseberichten, die in verschiedenen geographischen Zeitschriften erschienen, erwies er sich als mutiger und fähiger Mann. Nach Angaben von deutschen Reisenden war er, solange nicht von Politik die Rede war, persönlich liebenswürdig und hochgebildet.

Aus dem wissenschaftlichen Reisenden, der als einer der besten Kenner des Kamerunberglandes und seiner Bewohner gelten konnte, wurde ziemlich plötzlich ein politischer Abenteurer mit scharfer deutschfeindlicher Einstellung. Die Gründe für diesen Umschwung sind nicht völlig ersichtlich, wenn auch persönliche Differenzen mit dort ansässigen Deutschen eine Rolle gespielt haben mögen. Diese deutschfeindliche Haltung trieb ihn in das Lager der Engländer, die gleichzeitig mit den Abgesandten des Deutschen Reiches einen stillen, aber erbitterten Kampf um die Oberhoheit des Gebietes rings um die Biafra-Bai und den Kamerun-Berg führten. Rogozinski hatte eine Schlüsselstellung inne dadurch, daß er die englische Besitzung Mondole in der Ambas-Bucht und das gegenüberliegende Gebiet von Bota am Kamerunberg durch Verträge mit Häuptlingen in seinen Besitz gebracht hatte. Nach Angaben von Dr. Buchner waren seine Rechte nicht schlechter als die der

deutschen Kaufleute. Rogozinski hatte, als er von dem Vordringen des deutschen Einflusses Kenntnis bekam, zur Sicherung der ihm bereits gehörenden Gebiete Präliminarverträge mit den englischen Behörden geschlossen und gleichzeitig den englischen Vertreter veranlaßt, ihm ein englisches Kriegsschiff zur Verfügung zu stellen, mit dessen Hilfe er rings um den Kamerun-Berg die englische Flagge hißte. Während er zeitweise als Privatmann die deutschen Interessen störte, trat er zu anderen Zeiten in englischem Auftrag auf und wurde mit amtlichen Befugnissen ausgestattet. Selbst als schon die deutschen Kriegsschiffe zur Festigung des deutschen Einflusses in der Biafra-Bucht stationiert waren, kam es durch das Auftreten Scholz-Rogozinskis zu mehreren Zusammenstößen zwischen deutschen und englischen Expeditionen. Scholz trat sogar einmal in amtlichem Auftrage reisenden deutschen Zöllnern bewaffnet, aber zu Unrecht die englische Flagge führend, gegenüber, ohne daß es allerdings zu einem kriegerischen Zusammenstoß kam. Während in dem diplomatischen Briefwechsel zwischen England und Deutschland über die Besitzverhältnisse in Kamerun beiderseitiges Entgegenkommen und Achtung der bestehenden Verträge zugesichert wurden, konnte der Privatmann Rogozinski, der von der englischen Regierung desavouirt wurde, die deutschen Interessen hindern. Dieser unhaltbare Zustand veranlaßte den deutschen Reichskanzler Bismarck zu einem heftigen Angriff gegen Rogozinski (und die englische Regierung), in dem die Sachlage und ihre Hintergründe dargestellt wurden. Im Laufe der folgenden Verhandlungen ließ dann die englische Regierung, die Rogozinski bei ihrem Versuch, den deutschen Bestrebungen entgegenzutreten, gern benutzt hatte, ihn endgültig fallen. Um die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches und Englands genau abzugrenzen, wurde dann im Jahre 1885 durch Vereinbarung zwischen Graf Herbert Bismarck und Lord Granville die Grenze festgesetzt. Danach verzichtete das Deutsche Reich auf die Erwerbung im Mahingebiet im heutigen Nigerien und erhielt dafür die englische Anerkennung für alle Gebiete zwischen dem Rio del Rei und dem Kamerunberg mit Ausnahme einer englischen Niederlassung Victoria, einer Baptistenniederlassung, die im Jahre 1886 gegen Forcados im Nigergebiet eingetauscht wurde. Durch diese internationalen Abmachungen wurden auch die von Rogozinski erworbenen und unter englische Oberhoheit gestellten Gebiete eindeutig der deutschen Oberhoheit unterstellt und damit Teile des deutschen Schutzgebietes Kamerun. Dr. E. Mai.

Das Wirtschaftsabkommen mit Litauen

In dem am 7. März d. J. den Signatarstaaten des Locarnopaktes überreichten Memorandum hat die Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, auch das deutsch-litauische Verhältnis zu normalisieren. Im Sinne dieser Erklärung haben dann bald darauf die sich sehr schwierig gestaltenden Wirtschaftsverhandlungen mit diesem Staate begonnen. Die Verhandlungen haben nach einer längeren Unterbrechung am 5. August d. J. zum Abschluß eines Warenabkommens und eines Grenzverkehrsabkommens geführt. Wenn auch der im Memorandum vom 7. März in Aussicht gestellte Nichtangriffspakt mit Litauen noch nicht zustande gekommen und die Absicht des Abschlusses einer Vereinbarung über die Befriedung der öffentlichen Meinungsbildung über eine vorbereitende Fühlungnahme bisher noch nicht hinausgelangt ist, so kann das Zustandekommen dieses umfangreichen wirtschaftlichen Vertragswerkes doch einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer Bereinigung der Jahre hindurch durch die statutwidrige Memelpolitik der Kauener Regierung gestörten Beziehungen Deutschlands zu seinem nordöstlichen Nachbarn bedeuten. Ob der wirtschaftlichen Annäherung auch eine politische Normalisierung folgen kann, das hängt ausschließlich davon ab, ob die litauische Regierung die autonomen Rechte des Memelgebietes (nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste des Statutes gemäß) zu achten gewillt ist.

Die Grundlage des neuen Warenabkommens bildet der deutsch-litauische Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 30. Oktober 1928, in dem die beiderseitige Meistbegünstigung festgelegt ist. Durch das neue Abkommen

vom 5. August werden die im Laufe der Jahre aus politischen, aber auch wirtschaftlichen und finanziellen Gründen geschaffenen Behinderungen des Warenverkehrs durch eine Reihe von Sonderregelungen, soweit irgend möglich, beseitigt. Aehnlich wie der deutsch-polnische Handelsvertrag vom Herbst vergangenen Jahres sieht auch das deutsch-litauische Abkommen die Einsetzung von Regierungsausschüssen vor, deren Aufgabe es ist, in ständiger unmittelbarer Fühlungnahme alle Fragen zu behandeln, die mit der Durchführung des Abkommens, der gleichzeitig unterzeichneten Nebenabkommen und des Handelsvertrages von 1928 zusammenhängen.

In dem Abkommen sind für die aus Litauen nach Deutschland und umgekehrt einzuführenden Waren bestimmte wertmäßig festgelegte Kontingente vereinbart worden. Deutschland wird aus Litauen vor allem folgende Waren beziehen: lebende Schweine, Butter, Holz, Hülsenfrüchte, Leinsaat und Sämereien, Flachs, Felle und Häute, Eier, Gänse, Vieh, Käse usw. Umgekehrt wird Litauen aus Deutschland vor allem einführen: Brennmaterialien, Zement und Baumaterialien, Salz, Seife, Textilien, Papierwaren, Bücher usw., Eisen, Stahl, Maschinen, Aparate u. a. m. Dem Abkommen ist der Grundsatz eines Wertverhältnisses von 1 : 1 zugrunde gelegt. Wenn das für eine bestimmte Warengattung festgesetzte Kontingent nicht ausgeschöpft werden kann, kann der Restbetrag auf andere Warengattungen übertragen werden. Wenn hierüber keine Einigung erzielt werden kann, wenn also einer der vertragschließenden Teile mit seiner vorgesehenen Einfuhr im Rückstand bleibt, ist der andere Teil berechtigt, die von ihm zugesagten Kontingente entsprechend zu kürzen. Eingehende Bestimmungen sind in einem Protokoll und verschiedenen Nebenabkommen für den Ankauf der Viehzuchtprodukte in Litauen und ihre Unterbringung auf dem deutschen Markt getroffen worden. Dabei sind möglichst auch die Belange der memelländischen Landwirtschaft berücksichtigt worden.

In einem besonderen Verrechnungsabkommen werden die Zahlungsbedingungen im deutsch-litauischen Warenverkehr eingehend geregelt. Die Verrechnung erfolgt in Deutschland ausschließlich durch die Deutsche Verrechnungskasse, in Litauen nur durch die Lietuvos Bankas. Die Liquidierung der alten Warenschulden ist sichergestellt und damit gleichzeitig ein Fonds geschaffen worden, der die zu erwartenden Anlaufschwierigkeiten des Abkommens zu überwinden bestimmt ist. Diese Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß die von Litauen zu liefernden landwirtschaftlichen Erzeugnisse fast durchweg bar bezahlt werden müssen, während für die von Deutschland auszuführenden Produkte mit Rücksicht auf die beschränkte Zahlungsfähigkeit der litauischen Abnehmer gewisse Kreditfristen einzuhalten sein werden. Die hierdurch entstehende Spanne wird dadurch überbrückt, daß die in Litauen eingefrorenen deutschen Forderungen zur Verfügung gestellt werden. Nach einem bestimmten Schlüssel werden gleichzeitig auch die viel geringeren litauischen Forderungen, die in Deutschland eingefroren sind, flüssig gemacht.

Wenn sich das Abkommen bewährt, ist mit einer erheblichen Steigerung des deutsch-litauischen Warenverkehrs im Vergleich zum Vorjahr zu rechnen. Zwar besteht keine Aussicht, daß Deutschland seine frühere beherrschende Stellung im Außenhandel Litauens wieder gewinnt. Doch entsprechen immerhin die im Abkommen vom 5. August vereinbarten Kontingente, die keine Höchstgrenze darstellen sollen, etwa dem Umfang des im Jahre 1934 getätigten deutsch-litauischen Warenverkehrs. Im Jahre 1935 hatte der deutsch-litauische Handel einen geradezu unwahrscheinlichen Tiefstand erreicht, der praktisch fast einer völligen Einstellung des Wirtschaftsverkehrs zwischen den beiden benachbarten Staaten gleichkam. Im vergangenen Jahre sind aus Litauen nach Deutschland Waren im Werte von nur 2,6 Mill. *RM* eingeführt worden; im Jahre 1934 belief sich die deutsche Einfuhr aus Litauen noch auf 15,1 Mill. *RM*, im Jahre 1929 dagegen auf 68,9 Mill. *RM*. Die deutsche Ausfuhr nach Litauen betrug im Jahre 1935 nur 6,7 Mill. *RM*, im Jahre 1934 noch 14,7 Mill. *RM*, dagegen im Jahre 1929 56,0 Mill. *RM*.

Im deutsch-litauischen Handelsverkehr hat in früheren Jahren der Kleine Grenzverkehr infolge der erheblichen Preisspanne, die vor allem bei den landwirtschaftlichen Produkten diesseits und jenseits der Grenze bestand, eine beträchtliche Rolle gespielt. Unter dem Eindruck der unhaltbaren Verhältnisse im Memelgebiet und mit Rücksicht auf Unzuträglichkeiten, die sich aus dem Kleinen Grenzverkehr für die landwirtschaftliche Marktordnung in Deutschland ergaben, ist dieser Verkehr im Laufe der Zeit

von deutscher Seite weitgehend unterbunden worden. Jetzt ist der Grenzverkehr auf anderer Grundlage neu geregelt worden. Als Grenzbezirk im Sinne des Abkommens gilt ein Bezirk, der nach beiden Seiten von der Grenze an gerechnet im allgemeinen nicht mehr als 10 Kilometer umfaßt. Und zwar gehören auf litauischer Seite nicht nur der größere Teil des südlichen Memelgebietes, sondern auch die im Bereich der 10-Kilometer-Zone gelegenen Orte der großlitauischen Kreise Wilkowischken und Schaken zum Grenzbezirk. Jeder seit mindestens 6 Monaten im Grenzbezirk Wohnende kann bei der zuständigen Behörde (auf memelländisch-litauischer Seite beim Gemeindevorsteher bzw. Bürgermeister) die Ausstellung einer Grenzkarte beantragen, die für 6 Monate gilt, und zu einem beliebig häufigen Grenzübertritt, aber zu einem höchstens fünftägigen ununterbrochenen Aufenthalt in der 10-Kilometer-Zone des anderen Staates berechtigt. Für Personen, die aus dem Gebiet des anderen Teiles ausgewiesen oder dort unerwünscht sind, gelten einschränkende Bestimmungen. Weitergehende Grenzübergangsberechtigungen erhalten Aerzte, Tierärzte, Hebammen, Feuerwehrmannschaften sowie Besitzer grenzdurchschnittener Grundstücke. Die Bewohner der beiderseitigen Grenzbezirke sind berechtigt, bestimmte Warenmengen zollfrei aus der Grenzzone des anderen Landes einzuführen. Zur freien Einfuhr nach Deutschland sind im Kleinen Grenzverkehr verschiedene Lebensmittel in geringeren Mengen (z. B. 0,5 Kilogramm Butter oder 6 Eier je Woche und Hausstandskarte) zugelassen. Die Bewohner des litauischen Grenzbezirks dürfen Waren, soweit deren Einfuhr in Litauen nicht verboten ist, ohne besondere Bewilligung im Kleinen Grenzverkehr einführen, wobei die Einfuhr bis zu einer gewissen Höchstgrenze zollfrei erfolgen kann. Die Verhandlungspartner sind von der Annahme ausgegangen, daß sich die Reichsmark- bezw. Litbeträge, die im Kleinen Grenzverkehr von den Berechtigten im Gebiet des anderen Teiles ausgegeben werden, annähernd ausgleichen werden. Sollten sich trotzdem erhebliche Differenzen ergeben, so ist die Zurückführung der sich aus dem Grenzverkehr ergebenden Spitzenbeträge im Verrechnungswege durch zusätzliche Warenbezüge vorgesehen. Auch hier ist also der Grundsatz des Verhältnisses 1 : 1 im deutsch-litauischen Wirtschaftsverkehr gewahrt.

Trotz der langen Dauer der Verhandlungen haben bisher noch nicht alle Fragen des Wirtschaftsverkehrs zwischen den beiden Ländern geregelt werden können. Es ist aber anzunehmen, daß, nachdem mit den Abkommen vom 5. August eine breite Grundlage für die wirtschaftliche Verständigung geschaffen worden ist, auch einige andere, noch strittige Fragen in einem Sinne geregelt werden können, der sowohl den reichsdeutschen wie den litauischen, aber auch den besonderen memelländischen Interessen entspricht. Das Warenabkommen gilt zunächst bis zum 31. Juli 1937. Es bleibt jedoch in jedem Falle nur solange in Kraft, als der Handels- und Schiffahrtsvertrag von 1928 Geltung besitzt. Darüber hinaus kann es bei unvorhergesehenen Ereignissen jederzeit kurzfristig gekündigt werden, und zwar mit dreiwöchiger Frist dann, wenn sich einer der vertragschließenden Teile durch das Eintreten einer ungünstigen Entwicklung oder durch die Anwendung wirtschaftlicher Maßnahmen seitens des anderen Teiles benachteiligt fühlt und die von ihm verlangten Verhandlungen über den Streitgegenstand nicht innerhalb von 10 Tagen zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Der Erfolg des Vertragswerkes wird in der Hauptsache von der Fähigkeit Litauens abhängen, die dem deutschen Partner zugesagten Warenkontingente auch wirklich zu übernehmen, und ferner von der Bereitwilligkeit Litauens, im Rahmen des Abkommens auf die Interessen der memelländischen Landwirtschaft gebührend Rücksicht zu nehmen.

Der deutsche Osten ist der Gesamtheit der deutschen Stämme näher verknüpft als irgend eine andere deutsche Landschaft; Sachsen und Thüringer, Franken, Bayern und Schwaben, sie alle haben ihr Blut und ihre Menschen für ihn gespendet. Der deutsche Osten ist im bevorzugten Sinne das gemeinsame Land aller, das deutsche Land schlechthin.

K. v. Raumer

Ein General hält Reden

Auf der Jahreshauptversammlung der Bromberger Ortsgruppe der über ganz Polen verbreiteten Organisation „Die Soldatenfamilie" (Rodzina Wojskowa) hielt der Kom. General des VIII. Armeekorps, Wiktor Thommé, einem Bericht des „Dziennik Bydgoski" zufolge vor einiger Zeit eine vielbeachtete Rede, in der er die militärische Ausbildung der polnischen Frauen als ein Gebot der nationalen Selbstbehauptung hinstellte und von dem „Typ der gesunden Frau" schwärmte, „die in der Lage sein wird, mit dem Karabiner in der Hand ihren Platz in der Verteidigung des nationalen Besitzstandes einzunehmen". Der General verwies bei dieser Gelegenheit immer wieder auf die „Gefahren", die Polen nicht nur von außen (er meinte natürlich: vor allem von Deutschland) her, sondern ebenso von seinen fremdvölkischen Bewohnern her drohen. Er führte hierzu u. a. aus:

„Die Vorbereitung zum Krieg muß in erster Linie eine moralische Vorbereitung sein. In alle Polen, Frauen und Männer, muß die Grundlage für ein kompromißloses bewußtes Polentum fest eingeprägt werden. Es gibt unter uns", fuhr der General fort, „noch zuviel verdeutschte, russifizierte, österreichisch oder endekisch gesinnte Polen und viel zu wenig echte Polen. Dieses Polentum muß in allen öffentlichen und privaten Lebenslagen, Sonntags und Alltags, durch die Tat bewiesen werden. Man muß sich der Offensive des deutschen Kapitals auf Pommerellen (?!) entgegenstellen; man muß mit der Unterstützung des deutschen Handels (?!) aufhören; man muß sich dem Vordringen des Judentums entgegenstemmen. Ich bin kein Freund der Juden", sagte der General, „denn 90 v.H. der Kommunisten sind Juden, die den polnischen Staat bedrohen. Wir müssen", hieß es weiter, „Schluß machen mit der Unterstützung der Juden, der Deutschen, der Ukrainer, und einzig und allein Polen sein. Dieses wird die beste moralische Vorbereitung zum Schutze des Landes sein."

Nach einem Bericht des in Hohensalza erscheinenden „Dziennik Kujawski" hat derselbe General Thommé in einer Rede, die er auf einer Tagung des Verbandes der Reserveunteroffiziere in Hohensalza gehalten hat, u. a. folgende Feststellungen zur polnischen Minderheitenpolitik gemacht: „Wir dürfen nicht schlafen trotz der Pakte, die wir mit den Bolschewiken und den Deutschen abgeschlossen haben. Wir wollen die Juden nicht schlagen, denn wir werden auch auf andere Weise mit ihnen fertig werden. Sie sind unsere Untermieter und nicht unsere Wirte. Unsere Pflicht ist es, nur in polnischen Läden und nicht in jüdischen zu kaufen . . . Die Juden werden ihre Siebensachen packen und zum Teufel gehen. Dasselbe gilt von den Deutschen, die in unseren westlichen Gebieten immer dreister den Kopf erheben und sogar militärische Verbände (!) organisieren. . . . Wir werden mit einer eisernen Walze alles zermalmen, was sich uns entgegenstellt, bis die Losung: Polen für die Polen, Wirklichkeit ist!"

Bei Thommé handelt es sich nicht um einen rbeliebigen endekischen Schreier, sondern um einen aktiven General, den Chef des pommerellischen Armeekorps. Wenn ein solcher Mann in einer für die Oeffentlichkeit bestimmten Rede seine Zuhörer gegen die Deutschen aufwiegelt, so ist das keine private, sondern eine amtliche Hetze, kein versehentlicher Verstoß gegen Sinn und Absicht des deutsch-polnischen Paktes, sondern eine demonstrative Mißachtung des von Marschall Pilsudski vorgezeichneten politischen Kurses. Daß General Thommé diese Rede, die übrigens zur großen Freude der Zuhörer mit so „vornehmen" Ausdrücken wie „Gesindel", „Schweinerei" usw. gespickt gewesen sein soll, wirklich gehalten hat, ist nicht zu bezweifeln. Denn die polnischen Blätter, die sie veröffentlicht haben, sind weder richtiggestellt noch verboten worden. Wie die Aeußerungen des Generals politisch zu werten sind, hat der in Gnesen erscheinende „Lech" sehr richtig zum Ausdruck gebracht, wenn er schreibt: „Zum ersten Male werden derartige Worte eines im aktiven Dienst stehenden Generals veröffentlicht. Und diese Worte wurden den 10 Geboten des nationalen Lagers entnommen. Sie sind der beste Beweis dafür, wie sehr der Nationalismus (gemeint ist der Geist der Nationaldemokratie) bereits auch das Heer erfaßt hat. Davon darf man großen Nutzen für den Staat erwarten."

Polen und das europäische Gleichgewicht

Jahre hindurch hat die zwichen dem Reich und Oesterreich bestehende Spannung in allen gegen das Dritte Reich gerichteten Plänen als einer der sichersten und wertvollsten Aktivposten gegolten. Man hatte sich vor allem in Paris, Moskau und Prag daran gewöhnt, in Oesterreich nicht nur einen Sperriegel gegen die Außenpolitik des Dritten Reiches, sondern auch ein volksgleiches und darum um so schwerer wiegendes Gegengewicht gegen den Nationalsozialismus als politisch-weltanschaulichen Faktor der gesamtdeutschen Lebensgestaltung zu sehen. Es ist bei aller Zurückhaltung, mit der man die unmittelbaren Folgen des deutsch-österreichischen Abkommens vom 11. Juli d. J. für die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs zu betrachten geneigt ist, begreiflich, wenn man im Ausland in der bloßen Tatsache, daß die bisherige offene Gegnerschaft zwischen Wien und Berlin jetzt nicht mehr besteht, eine wesentliche Stärkung der Position des Dritten Reiches in Europa erblickt. Und das um so mehr, als man den Pakt der beiden deutschen Staaten im Zusammenhang mit zwei weiteren bedeutsamen Ereignissen sieht, nämlich mit der zunehmenden Aufmerksamkeit, die das Deutsche Reich seinen wirtschaftlichen Beziehungen zu den südöstlichen europäischen Ländern zuwendet, und mit der Wiederannäherung zwischen Rom und Berlin, deren wesentlichstes Hindernis durch das Abkommen vom 11. Juli aus der Welt geschafft worden ist.

Um die polnische Einstellung zu dieser Frage zu klären, geht man am besten von folgenden Ueberlegungen aus: Die polnische Außenpolitik setzt als gegeben voraus, daß der deutsch-französische Gegensatz, der durch den Einbruch der Sowjetunion in die europäische Politik wieder verschärft und durch den Sieg der Volksfront in Frankreich noch vertieft worden ist, noch auf längere Zeit das beherrschende Problem der großen Politik in Europa sein wird. Sie stellt weiter fest, daß nicht nur gewisse kleinere Staaten, sondern auch die am deutsch-französischen Gegensatz nicht unmittelbar beteiligten Großmächte, England und Italien, darauf bedacht sind, sich sowohl gegenüber Berlin wie gegenüber Paris eine durch keine unwiderruflichen Bindungen gehemmte Bewegungsfreiheit zu wahren. Die polnische Außenpolitik ist schließlich der Ansicht, daß ein kriegerischer Zusammenstoß zwischen Deutschland und Frankreich, an dem auch die Sowjetunion beteiligt ist, für Polen auf jeden Fall schädlich und daher unerwünscht ist, und daß die Kriegsgefahr um so größer sein wird, je mehr es einer der beiden Mächte, die durch ihren Gegensatz die europäische Politik beherrschen, gelingt, ein eindeutiges Uebergewicht über die gegnerische Macht zu gewinnen. Aus diesen Voraussetzungen zieht die polnische Außenpolitik folgende Schlüsse: Polen sei an der Aufrechterhaltung des „europäischen Gleichgewichts" interessiert. Den aus dem deutsch-französischen Gegensatz entstehenden Gefahren könne Polen am besten dadurch entgehen, daß es sich von Fall zu Fall derjenigen Mächtegruppe entgegenstellt, die im gegebenen Augenblick die größere Aussicht hat, das gefährliche Uebergewicht zu erlangen. Aus einem solchen Lavieren ergebe sich für Polen u. a. der Vorteil, je nach Lage der Dinge sowohl von der einen wie von der anderen Gruppe Nutzen zu ziehen, überall dabei zu sein, aber nirgends die Lasten zu tragen.

Daraus ergibt sich die polnische Einstellung zum deutsch-österreichischen Pakt. Ueber die möglichen Auswirkungen des Paktes ist man in Polen allerdings verschiedener Meinung. Die einen (das sind vor allem die nationaldemokratischen Kreise) vertreten die Ansicht, daß durch die Normalisierung der Beziehungen zwischen Wien und Berlin Deutschland im Südosten soweit gesichert und gefestigt dasteht, daß es sich nun mit um so größerem Nachdruck seinen nordöstlichen Aufgaben zuwenden könne. Diese Kreise versuchen, sich und andere also davon zu überzeugen, daß es in erster Linie Polen sein werde, das die mit dem „großdeutschen Frieden" verbundene Machtsteigerung des Reiches werde aushalten müssen. Die anderen (zu denen in der Hauptsache die der Regierung nahestehenden Kreise gehören) glauben dagegen, daß Deutschland, dem sich durch den Pakt mit Wien im Südosten neue wirtschaftliche und vielleicht auch politische Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet haben, in den nordöstlichen Fragen bis auf weiteres nur noch eine geringere Aktivität an den Tag legen werde. Sie sehen im Abkommen vom 11. Juli einen glücklichen Start der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik in die südöstlichen

Länder, vielleicht sogar eine unter Berliner Führung begonnene Lösung des Donauproblems, die sich aber, wie sie wünschen und hoffen, nicht zu einer Aenderung des territorialen status quo zugunsten Deutschlands auswachsen wird, da sich nach den bisherigen Erfahrungen Italien entschieden dagegen wehrt, gemeinsame Grenzen mit dem Deutschen Reiche zu haben.

Welcher dieser beiden Auffassungen man aber auch in Polen zuneigt, darüber, daß das Abkommen vom 11. Juli eine Stärkung des Dritten Reiches bedeutet, ist man sich einig. Polnischerseits ist wiederholt der Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs als natürlich und unvermeidlich bezeichnet und eigentlich niemals grundsätzlich abgelehnt worden. So hat Polen an sich auch wohl gegen das Abkommen vom 11. Juli keinen grundsätzlichen Einwand zu machen. Das ändert freilich nichts daran, daß Polen bezüglich der möglichen Auswirkungen des Abkommens gewisse Vorbehalte anmeldet. Deren wichtigster ist, daß Polen bei der sich etwa ergebenden Donauregelung mit seinen Wünschen gehört werden soll. Es stellt zwar auf der einen Seite mit einiger Befriedigung den Abschluß des Abkommens als eine erfolgreiche Bestätigung der von ihm selber seit einigen Jahren befolgten Methode der unmittelbaren Verständigung fest; es denkt auf der anderen Seite aber durchaus nicht daran, Deutschland das politisch-wirtschaftliche Terrain in Südosteuropa ungeschmälert zu überlassen. Es möchte dabei sein. Und es scheint zu der Ansicht zu neigen, daß es dann um so mehr wird herausschlagen können, wenn es sich vorher einer gewissen Rückendeckung bei den gegen die „deutsche Lösung" der Donaufrage eingestellten Mächten versichert.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die verschiedentlich bemerkbare Neigung der polnischen Außenpolitik, die lange Zeit vernachlässigten Fäden nach Prag und Paris wieder aufzunehmen, auch mit dem deutsch-österreichischen Abkommen und den damit verbundenen Aenderungen in der europäischen Lage in Verbindung bringt. Die Initiative geht hierbei allerdings weniger von Warschau aus als von Paris, das jetzt einen neuen und vielleicht letzten Versuch unternimmt, das selbständig gewordene Polen wieder an sich zu ziehen. Es heißt, daß das seit Jahren dem tschechischen Nachbarn nicht gut gesinnte Warschau die Absicht hat, seinen seit langem verwaisten Prager Gesandtenposten neu zu besetzen, und daß in nächster Zeit versucht werden soll, die „Mißverständnisse" aufzuklären, die — übrigens nicht nur in der Teschener Frage — zwischen der Tschechoslowakei und Polen bestehen. Was das *polnisch-französische Verhältnis* anlangt, so hat schon die Ankündigung des Besuches des französischen Generalstabschefs in Warschau und des für den Herbst vorgesehenen Gegenbesuches des Generalinspekteurs der polnischen Armee in Paris stärkste Beachtung gefunden. Es handelt sich bei diesen Besuchen um mehr als einen bloßen Höflichkeitsakt. Es handelt sich um den *Versuch, die im Jahre 1934 abgebrochenen polnisch-französischen Generalstabsbesprechungen weiterzuführen.* Für den Empfang, der General Gamelin in Polen bereitet worden ist, ist ein Satz aus dem der Regierung nahestehenden „Kurjer Poranny" so bezeichnend, daß er festgehalten zu werden verdient: „General Gamelin wird ... jenes Kapital der ritterlichen französischen Tradition, die in der polnischen Brust nie widerzuhallen aufhört, als Appell an die gemeinsamen Erinnerungen der Vergangenheit, als Weckruf zum gemeinsamen, einträchtigen, gefahrlosen Weg in die Zukunft mitbringen." Man darf wohl — allerdings gänzlich neidlos — feststellen, daß das Worte sind, wie sie selbst in den Hochzeiten der deutsch-polnischen Annäherungsbestrebungen in bezug auf *Deutschland* niemals von irgendeinem polnischen Blatte gebraucht worden sind. Sie können zum mindesten als Beweis dafür gelten, *daß die nüchterne Einsicht in die Notwendigkeit normaler Beziehungen zum deutschen Nachbarn die starke gefühlsmäßige Neigung Polens zu Frankreich nicht zu dämpfen vermocht hat.* Man darf bei aller Beachtung, die man der sachlichen, geradezu mathematischen Nüchternheit schenkt, mit der die polnische Außenpolitik der letzten Jahre gelenkt worden ist, niemals vergessen, daß *diese Nüchternheit in außenpolitischen Dingen auf einen sehr kleinen Kreis von Männern beschränkt* ist, von dem man nie wissen kann, ob er nicht eines Tages geneigt oder vielleicht auch gezwungen sein wird, sich in seinen Entscheidungen von dem breit fließenden Strome der politischen Gefühle tragen zu lassen. Man wird abwarten müssen. Die Verantwortung für Polens Schicksal liegt in den Händen des *Generalinspekteurs der Armee*, von dem man sagt, daß er als Soldat klar und nüchtern zu denken vermag, von dem man aber auch weiß, daß er

mit Rücksicht auf seine außenpolitischen Neigungen bei den frankophilen Nationaldemokraten nicht unbeliebt ist. Auch seine Sympathien gehören Frankreich, allerdings einem Frankreich, das anders aussieht, als jenes, das sich politisch heute auf der abschüssigen Ebene der Volksfront befindet. Dr. K.

Die Geburtsorte der polnischen Dichter

Die polnische Literaturzeitschrift „Wiadomosci Literacki" veröffentlichte vor kurzem eine interessante Kartenskizze Polens, auf der *die landschaftliche Herkunft, die Geburtsorte, der 100 bekanntesten lebenden Schriftsteller Polens* vermerkt ist. Es muß vorausgeschickt werden, daß dieses Blatt unter ausschlaggebendem jüdischen Einfluß steht, was für seine Einstellung zu den literarisch schaffenden Menschen Polens natürlich nicht gleichgültig ist. Von den in der Karte aufgeführten Namen entfallen 9 auf das Gebiet der *Sowjetunion* (darunter die Namen der durch Uebersetzungen ihrer Werke auch in Deutschland bekannt gewordenen Schriftsteller Ossendowski und Choromanski) und ein Name auf *Finnland* (Wanda Melcer). Zwei Erscheinungen sind für die polnische Literatur der Gegenwart, sofern man die genannte Karte hierzu zu Rate ziehen kann, charakteristisch: *die Verstädterung der polnischen Literatur und die Literaturarmut Ost- und Westpolens.* Was zunächst den ersten Punkt anlangt, so stammen von den 90 genannten, im Gebiet des heutigen Polen geborenen Schriftstellern aus der Landeshauptstadt *Warschau* nicht weniger als 23. An zweiter Stelle steht als Schriftstellergeburtsort *Krakau* mit 11, an dritter *Lemberg* mit 5 Namen. Das Industriezentrum *Lodz* ist mit 3, das Zentrum der Erdölindustrie, *Drohobicz*, mit 2 Namen vertreten. Auch andere typische Industriestädte wie *Bielitz*, *Zyrardow*, *Pabianice und Stryj*, ferner größere Städte wie *Wilna*, *Tarnopol*, *Stanislau* sind als Geburtsorte auf der Kartenskizze. Es ist wohl kein Versehen, wenn *der bei der Tschechei verbliebene Teil des Teschener Schlesien in die Grenze des polnischen Staates einbezogen* worden ist. Im ganzen stammen etwa 50 von den aufgeführten, im heutigen Polen geborenen 90 Schriftstellern, samt dem in Karwin beheimateten Gustav Morcinek, aus städtisch industriellem Mileu, was für die Tendenz ihres Schaffens natürlich nicht gleichgültig ist.

Das zweite besonders auffallende Moment ist die gähnende Leere, die auf der Kartenskizze die ost- und westpolnischen Landesteile aufweisen. Das gilt für *Pommerellen*, das in der Gegenwart keinen einzigen nennenswerten polnischen Schriftsteller hervorgebracht hat. Auch das Polentum in der Provinz *Posen*, das sich doch auf seinen geistigen Hochstand sonst so viel zugute hält, kann nur zwei Namen aufweisen: Jerzy Hulewicz aus Koscianki und Woiciech Busow aus Ostrowo. Die Städte Bromberg, Posen, Thorn, Plätze mit einem hochentwickelten, alten deutschen Kulturleben sind in der Namensliste nicht vertreten. Nahezu völlig unbeteiligt am zeitgenössischen literarischen Schaffen Polens sind auch *Nordost- und Ostpolen*. Die Heimat Mickiewiczs, Krasinskis, Pilsudskis usw. ist im heutigen literarischen Polen verstummt. Das ganze Land östlich des Bug, das mit den Wojewodschaften Wilna, Nowogrodek, Bialystok, Polesien und Wolhynien fast ein Drittel des polnischen Staates ausmacht, ist nur mit 2 Namen vertreten: Kazimiera *Illakowiczowna aus Wilna*, die eine Tatarin ist, lange Jahre die Privatsekretärin des Marschall Pilsudski war und u. a. einige Werke der klassischen deutschen Literatur ins Polnische übersetzt hat, und Marja *Rodziewiczowna aus Pieniuha bei Grodno*. Maßgebend für die zeitgenössische polnische Literatur ist *das kongreßpolnische und das galizische Polentum*, das ja auch sonst die geistige und politische Führung Polens angetreten und das Polentum der ehemals deutschen und der Ostgebiete fast völlig an die Wand gedrückt hat. In dem Fehlen wertvoller schriftstellerischer Leistungen kommt zweifellos *eine gewisse geistige Erschöpfung des in den deutschen, ukrainischen und weißrussisch-litauischen Gebieten lebenden Polentums* zum Ausdruck, eine Erschöpfung, die wohl auf die übermäßige und einseitige Anspannung der geistigen Kräfte im völkisch-*materiellen* Kampf zurückzuführen ist. Es ist für die kulturelle

Situation Polens bemerkenswert, daß das Polentum der Grenzgebiete mit ganz wenigen Ausnahmen keine literarischen Leistungen vorweisen kann, die über das Niveau tagespolitischer Radauliteratur hinausreicht. Das geistige Schwergewicht Polens liegt im Zentrum des Landes. Dort und nicht in den Grenzgebieten wird um neue und eigene Formen des kulturellen Lebens, wird mit den geistigen Problemen der Zeit gerungen. Was an geistigen Faktoren in den Grenzgebieten vorhanden ist, wird zumeist von der Propaganda verbraucht.

Nietzsche und der „polnische Graf"

Es ist eine mitunter ins Krankhafte ausartende Angewohnheit der Polen, Menschen deutschen Volkstums, vor allem bekannte Künstler und Denker, für das Polentum in Anspruch zu nehmen und mit deren Namen im Ausland für Polen Reklame zu machen. So haben sie es mit *Veit Stoß*, mit *Nikolaus Koppernikus* und anderen Deutschen versucht. So haben sie es auch mit *Friedrich Nietzsche* getan. Es kommt nicht selten aber auch vor, daß versucht wird, bekannten und völlig einwandfreien Deutschen eine „polnische Abstammung" anzuhängen, um sie als „Renegaten" in Mißkredit bringen zu können. Das hat ein polnisches Blatt kürzlich z. B. mit den beiden deutschen Oberschlesiern Gustav Freytag und Eichendorff versucht. Was nun Nietzsche anlangt, so behaupten die Polen von ihm, daß er „polnischer Abstammung" gewesen sei und seine Lehre vom Uebermenschen eine Geisteshaltung verrate, die dem polnischen Wesen, wie es in der alten Schlachta zum Ausdruck komme, entspreche. Sie verweisen weiter darauf, daß Nietzsche selbst sich gelegentlich zu seiner angeblich „polnischen Abstammung" bekannt hat. Die eingehende *Erforschung der Nietzscheschen Ahnenreihe*, wie sie vom Weimarer Nietzschearchiv durchgeführt worden ist, gibt jedoch *keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß sich unter den Vorfahren des deutschen Philosophen polnische Männer oder Frauen befinden*. Gegenüber der polnischen Behauptung, daß ein Vorfahr Nietzsches, ein „polnischer Graf" namens Niezki, irgendwann aus Polen nach Mitteldeutschland eingewandert sein soll, ist zu bemerken, daß *es ein polnisches Adelsgeschlecht dieses oder ähnlichen Namens überhaupt nicht gibt* oder gegeben hat und daß es sich bei dem angeblichen „polnischen Grafen" um einen Fleischer aus Burkau in Sachsen gehandelt hat. *Der Name Nietzsche* (oder Nietsche, Nitsche, Nitschke usw.) kommt in Mitteldeutschland, woher sämtliche Vorfahren Nietzsches stammen, unendlich oft vor und wird von der wissenschaftlichen Namensforschung übereinstimmend *von Nikolaus (abgekürzt Nik oder Nic) abgeleitet*. Das ist eine Personenbezeichnung, die im Mittelalter als Rufname besonders beliebt war und sich in der Zeit der Bildung der Familiennamen (um 1400 herum) zu einem solchen in der Form von Nitz, Nitze, Nietzsche usw. entwickelte. Wenn somit die Legende von dem „polnischen Grafen" hinfällig wird, so läßt sich auch unter den anderen Männern und Frauen, die zu Nietzsches Vorfahren gehören, *kein einziger Name feststellen, der auf polnische Herkunft hindeuten könnte*. Die Vorfahren Nietzsches sind bis vor 1600 in lückenloser Reihe festgestellt worden. Unter ihnen befindet sich kein einziger ins Polnische oder überhaupt ins Slawische weisender Name. Es sind Namen wie Oehler (Nietzsches Mutter), Krause und Hahn (Nietzsches Großmütter), Herold, Stauß, Martin und Pfeiffer (Nietzsches Urgroßmütter), ferner Büttner, Stange, Roth, Schneidenbach, Moßdorf, Geutebrück, Reußmann, Böhme usw. Es sind lauter urdeutsche Namen und Familien, in denen weder irgendwelche sagenhaften „polnischen Grafen" auftauchen, noch sich irgendwelche slawischen Ueberlieferungen haben feststellen lassen. Unter Nietzsches Vorfahren hat es viele Pastoren gegeben und weiter zurück Handwerker, Beamte, Kaufleute und Gastwirte; auch einige Ratsherren und Bürgermeister sind darunter gewesen, aber keine Bauern, sondern durchweg bürgerliche Leute und Angehörige der gebildeten Schichten. Das ist ein Umstand, der (unter Berücksichtigung der damaligen völkisch-sozialen Verhältnisse) gleichfalls *gegen* eine polnische Beimischung spricht. *Nietzsches „polnische Vorfahren" sind eine Legende*. Daß Nietzsche selber anscheinend an etwas ähnliches geglaubt hat, kann diese Tatsache nicht ändern.

Ich fühle, daß es mit meinem irdischen Leben bald aus sein wird. Da ich aber überzeugt bin, daß nichts, was einmal in der Natur existiert, wieder vernichtet werden kann, so weiß ich gewiß, daß der edlere Teil von mir darum nicht aufhören wird zu leben. Zwar werde ich wohl im künftigen Leben nicht König sein, aber desto besser: ich werde doch ein tätiges Leben führen und noch dazu ein mit weniger Undank verknüpftes.

Friedrich der Große kurz vor seinem Tode.

Meine letzten Wünsche in dem Augenblicke, wo ich den letzten Hauch von mir gebe, werden für die Glückseligkeit meines Reiches sein. Möge es stets mit Gerechtigkeit, Weisheit und Nachdruck regiert werden, möge es durch die Milde seiner Gesetze der glücklichste, möge es in Rücksicht auf die Finanzen der am besten verwaltete, möge es durch das Heer, das nur nach Ehre und edlem Ruhme strebt, der am tapfersten verteidigte Staat sein! Möge es in höchster Blüte bis ans Ende der Zeit fortdauern.

Aus dem Testament Friedrichs des Großen.

Ostland-Chronik

Die „Polonia" und die Familiennamen

Eine recht interessante Feststellung macht die Kattowitzer „Polonia" in ihrer Nummer vom 25. Juli d. J. Interessant ist diese Feststellung deshalb, weil sie der sonst von polnischer Seite vertretenen Wertung der sog. „objektiven Merkmale" der Volkszugehörigkeit widerspricht. „Der deutsche Name", schreibt das Blatt, „ist nicht ein Beweis für die deutsche Abstammung, denn die Blutvermischung in Deutschland ist so groß, daß niemand (!) von sich sagen kann, er sei reinblütiger Deutscher." Hier wird also für das völkische Mischgebiet, zu dem ja auch große Teile Polens, vor allem auch dessen ehemals reichsdeutsche Teile gehören, *die Bedeutung des Familiennamens als eines „objektiven Merkmals" der Volkszugehörigkeit geleugnet.* Die „Polonia" hat mit dieser Feststellung dem deutschen Gegner eins auswischen wollen. Bei ein ganz klein wenig logischen Denkens wird sie nun allerdings zugeben müssen, daß der Pfeil, den sie auf den deutschen Gegner abgeschossen hat, auf die polnische Seite zurückfallen muß. Denn was in einem völkischen Mischgebiet (zu dem, wie gesagt, auch große Teile Polens gehören) für das eine Volk gilt, das muß selbstverständlich auch für das andere gelten. *Wenn also der deutsche Name kein Merkmal der deutschen Abstammung ist, dann kann auch der polnische Name kein Merkmal der polnischen Abstammung sein.* Denn *die* Behauptung wird doch wohl auch die „Polonia" nicht aufstellen wollen, daß in dem völkischen Mischgebiet immer nur Träger deutscher Namen polnische Frauen, niemals aber Träger polnischer Namen deutsche Frauen geheiratet haben. Das aber müßte der Fall gewesen sein, wenn man behaupten wollte, daß nur der deutsche, nicht aber auch der polnische Familienname kein „objektives Merkmal" der Volkszugehörigkeit ist. In logischer Folge ergibt sich also aus der von der „Polonia" gemachten Feststellung über die deutschen Familiennamen, daß die sonst von polnischer Seite verfochtene These, derzufolge Menschen mit polnischen Familiennamen als Polen zu gelten hätten, auf einer propagandistischen Verdrehung der Tatsachen beruht.

Zehn interessante Gebote

Der „Glos Wabrzeski", eine in Briesen (Pommerellen) erscheinende Zeitung, hat ihren Lesern kürzlich in einem Aufruf Anweisungen für ihr Verhalten gegenüber den Deutschen in Polen gegeben. Dieser Aufruf, der unter dem Titel *„10 Gebote für die Polen in Pommerellen"* erschienen ist, verdient als ein besonders bezeichnender polnischer Beitrag zur Verständigung mit Deutschland festgehalten zu werden. Die „10 Gebote" lauten: 1. Nicht

von Deutschen kaufen! 2. Keinerlei Beziehungen mit den Deutschen pflegen! 3. Aufmerksam ihre Taten und Handlungen verfolgen! 4. Mit den Deutschen (wenn es überhaupt notwendig ist) sich nur polnisch unterhalten! 5. Keinem Deutschen irgendeine Arbeit geben! 6. Keinem Deutschen auch nur einen Fußbreit polnischer Erde abtreten! 7. Den deutschen Uebermut nicht durch den Besuch deutscher Lokale unterstützen! 8. Deutsches Geschreibsel weder lesen noch abonnieren! 9. Keine Waren deutscher Herkunft kaufen! 10. Keinen deutschen Arbeiter beschäftigen! — Es wäre sehr zu begrüßen, wenn dieser polnische Aufruf in allen Zeitungen derjenigen Gebiete des Reiches, in denen polnische Volkssplitter wohnen, nachgedruckt würde. Denn es ist für die dortigen Deutschen immer nützlich, zu wissen, wie jenseits der Grenze von den örtlichen polnischen Faktoren die deutsch-polnische Annäherung aufgefaßt und praktisch durchgeführt wird.

Deutscher Ansiedler enteignet

Am 30. Juli wurde der deutsche Bauer Ferdinand Schwarz in Wielkie Zalesie bei Kobylin mit seiner Familie (Mutter, Frau und drei unmündigen Kindern) von seinem Hof vertrieben. Die Zwangsräumung erfolgte, weil der polnische Staat das Wiederkaufsrecht an der 58 Morgen großen Königsfeld bei Kobylin mit seiner Fa- Ansiedlung geltend machte. Die Entschädigung, die Schwarz für sein Anwesen erhält, macht nur einen Teil des wirklichen Wertes aus. Darüber hinaus sind die Aufwendungen, die Schwarz zur Verbesserung seines Betriebes nach dem Inkrafttreten des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens von 1929 in der Annahme, daß er nunmehr in seinem Besitze gesichert sei, gemacht hat, bei der gerichtlichen Festsetzung des Wiederkaufspreises nicht berücksichtigt worden. Dieser neue Fall zwangsweiser Verdrängung eines deutschen Bauern von seinem angestammten Besitz läßt sich mit dem Geist des deutsch-polnischen Paktes in keiner Weise vereinbaren.

Vom täglichen Kleinkrieg

Anfang August drangen zwei polnische Polizeibeamte in Uniform in das deutsche Gasthaus Feyerabend in Hela ein. Sie beschimpften den Gastwirt und dessen Angestellte; einer von ihnen fuchtelte mit seinem geladenen Dienstrevolver herum. Als kaschubische Gäste den beiden Vertretern der polnischen Staatsgewalt entgegentraten, erklärten diese, daß man die „Deutschen eben anders behandeln müsse als die Polen".

Die deutschen Vereine in Birkenhain (Ostoberschlesien) sind gezwungen, ihre Zusammenkünfte in benachbarten Ortschaften zu veranstalten. In ganz Birkenhain findet sich kein Gastwirt mehr, der sein Lokal den Deutschen zur Verfügung stellt. Dem Gastwirt, in dessen Räumen die deutschen Vereine bisher zusammenkommen konnten, haben die polnischen Steuerbehörden die gesamte Einrichtung gepfändet. Hierfür scheint das Entgegenkommen, das dieser Wirt den Deutschen erwiesen hat, maßgebend gewesen zu sein.

Der Vorsitzende der Siemianowitzer Ortsgruppe der Deutschen Partei und sein Stellvertreter wurden vom Schnellrichter bei der Polizeidirektion Kattowitz zu 6 Tagen Arrest verurteilt, weil sie bei der Beerdigung eines deutschen Volksgenossen am Grabe die Hand zum deutschen Gruß erhoben hatten. Der polnische Richter glaubte, darin eine „Provokation" des polnischen Volksempfindens erblicken zu müssen. Die Verurteilten haben gegen das Urteil Einspruch erhoben. Es wird also eine höhere Instanz Gelegenheit haben, festzustellen, ob die Anwendung des deutschen Grußes in Polen als „Provokation" aufzufassen ist oder nicht.

Der Vorsitzende derselben Siemianowitzer Ortsgruppe der Deutschen Partei erhielt Ende Juli ein Strafmandat in Höhe von 50 Zloty zugestellt, weil er, wie es in der Begründung hieß, eine Veranstaltung seiner Gruppe nicht ordnungsgemäß angemeldet und die Bestimmungen über die Abstempelung von Eintrittskarten und Programmen nicht beachtet hätte. In der Begründung hieß es weiter, daß diese Verfehlungen „amtlich festgestellt" worden seien. Was von derartigen „amtlichen Feststellungen" mancher polnischen Behördenorgane zu halten ist, läßt sich aus der Tatsache entnehmen, daß die Veranstaltung, derentwegen die Bestrafung erfolgte, — überhaupt nicht stattgefunden hat.

Behinderung deutscher Kindergartenarbeit

In Jankowitz (Kreis Rybnik) kam der deutsche Volkszugehörige Nowroth am 2. Juli zum dortigen Gemeindevorsteher, um für seine fünfjährige Tochter den Aufnahmeantrag zur deutschen

Spielschule abstempeln zu lassen. Auf dem Gemeindeamt wurden dem Deutschen allerlei überflüssige und unzulässige Fragen gestellt, z. B. ob er etwa gezwungen worden sei, sein Kind zur deutschen Spielschule anzumelden (!). Als Nowroth darauf erwiderte, daß er sein Kind dahin schicke, wo es hingehöre, gab ihm der polnische Gemeindebeamte zur Antwort: „Das gefällt mir nicht. Wenn wir in Polen sind, ist es unsere Pflicht, unsere Kinder in die polnische Schule zu schicken." Dem deutschen Volkszugehörigen wurde die Abstempelung des Aufnahmeantrags verweigert. Das bedeutet, daß es ihm nicht erlaubt ist, sein Kind in die deutsche Spielschule zu schicken. Man kann sich vorstellen, wie dieser selbe „Gemeindebeamte moralisch entrüstet" aufheulen würde, wenn dem Vater eines polnischen Kindes in Deutschland ein Gleiches geschähe.

Hierzu ist folgendes zu bemerken: Anders als dem polnischen Volkssplitter in Westoberschlesien werden den deutschen Erziehungsberechtigten in Ostoberschlesien mancherlei Hindernisse bei der Anmeldung ihrer Kinder zu den deutschen Kindergärten in den Weg gelegt. Hier schiebt sich zwischen den Kindergarten und den Erziehungsberechtigten die polnische Behörde ein. Die Unterschrift unter das Anmeldeformular, das der Erziehungsberechtigte von der Leitung des betreffenden Kindergartens erhält und auszufüllen hat, muß vom zuständigen Gemeindeamt beglaubigt werden. Ferner hat sich der Erziehungsberechtigte Bescheinigungen darüber zu beschaffen, daß er Mitglied in irgendeinem kulturellen Verband der deutschen Volksgruppe ist und daß seine etwa vorhandenen älteren Kinder deutsche Schulen besuchen. Das beglaubigte Anmeldeformular und die genannten Bescheinigungen hat er der Leitung des Kindergartens einzureichen, von der alle diese Papiere an die polnische Schulbehörde weitergereicht werden müssen. Die Schulbehörde befindet dann darüber, ob das angemeldete Kind die deutsche Sprache genügend beherrscht; glaubt sie in dieser Hinsicht Zweifel äußern zu müssen, so wird das Kind einer Sprachprüfung vor einer Kommission unterzogen, die aus je einem Vertreter des deutschen Volksbundes und der Schulbehörde besteht. Kommt es hierbei zwischen den Parteien zu keiner Einigung, so wird das Kind vor einem Vertreter der Gemischten Kommission noch einmal geprüft, der dann endgültig entscheidet. Zweimal haben bei diesem Verfahren also polnische Behörden Gelegenheit, sich bei der Einweisung deutscher Kinder in deutsche Kindergärten hindernd bemerkbar zu machen. Wie das mitunter geschieht, hat der oben angeführte Vorfall gezeigt.

Eine kurze Antwort

Bekanntlich hatten die deutschen Offiziere beim Besuch des Kreuzers „Leipzig" in Danzig dem Völkerbundskommissar Lester keinen Besuch abgestattet. Auch sonst wurde bei dieser Gelegenheit von dem Dasein dieser Genfer Figur keine Kenntnis genommen. In Genf beschloß man darauf, sich beleidigt zu fühlen. Alsdann wurde Polen damit beauftragt, den „Zwischenfall" beizulegen und bei der Reichsregierung nach den Gründen für das Verhalten der deutschen Offiziere zu fragen. Ueber das Ergebnis dieser Aktion ist schließlich nach Ablauf mehrerer Wochen folgendes mitgeteilt worden: Die polnische Regierung hat in einer kurzen Note die von Genf gewünschte Frage an die Reichsregierung gerichtet, und diese hat in einer nicht minder kurzen Note zur Antwort gegeben, daß das Verhalten der deutschen Offiziere dem Befehl der Flottenleitung entsprach und daß dieser Befehl erteilt worden sei, weil beim letztjährigen deutschen Flottenbesuch in Danzig der Völkerbundskommissar die deutschen Offiziere einem Zusammensein mit Vertretern der Danziger Oppositionsparteien ausgesetzt habe, die den Reichskanzler beleidigt hätten. Von der polnischen Regierung ist diese Antwort dem Völkerbundsrate zur Kenntnis zugesandt worden. Es ist kaum denkbar, daß sich die polnische Regierung bei dieser ganzen, ein wenig lächerlichen Fragerei besonders wohl gefühlt hat.

Kolonien, Niederlassungsrechte, Juden

In der dem polnischen Außenministerium nahestehenden Korrespondenz „Polska Informacja" wurde kürzlich berichtet, daß Polen binnen kurzem („um nicht zu spät zu kommen") beim Völkerbund seinen „Kolonialanspruch" vorbringen werde. In der Mitteilung wurden gewisse fast unbewohnte Gebiete Südamerikas und Südafrikas als den polnischen Bedürfnissen besonders entsprechend bezeichnet. Zur Begründung des Anspruches wurde auf die starke Bevölkerungszunahme Polens und auf die drin-

gend notwendige Lösung der jüdischen Frage verwiesen. Nach dieser Mitteilung war es zunächst nicht ganz klar, ob Polen nur bestimmte Niederlassungsberechtigungen im Hoheitsgebiet fremder Staaten oder die Zuweisung eigenen Kolonialbesitzes zu beanspruchen plant. In der ausländischen und auch in einem Teil der polnischen Presse wurde die Mitteilung zunächst in dem zuletzt erwähnten Sinne verstanden. Dieser Auslegung ist dann, anscheinend auf einen Wink von oben, der „Expreß Poranny“ entgegengetreten: Man habe Kolonie und „Kolonisation“ miteinander verwechselt; die amtliche Mitteilung betreffe nur die Frage der Auswanderung und Niederlassung polnischer Staatsbürger in Uebersee, nicht aber die des Erwerbs eigener Kolonien. Dann heißt es weiter: Für Polen habe ein Erwerb früherer deutscher Kolonien keinen besonderen Wert, denn in diesen Gebieten könnten nicht, wie Polen es wünsche, Zehntausende polnischer Bauern angesiedelt werden. Die Frage, die Polen zur internationalen Diskussion stelle, sei eine ganz andere. Es handle sich für Polen ausschließlich um die Ermöglichung einer ganz großzügigen Auswanderung seines überschüssigen bäuerlichen Elementes nach Uebersee. Polen wolle die Länder, die noch weite unkultivierte Gebiete besäßen, dafür gewinnen, polnische Auswanderer für deren Kolonisation zu verwenden und die Niederlassung der Polen materiell zu unterstützen und rechtlich sicherzustellen. Mit dem Erwerb eigener Kolonien habe das nicht das geringste zu tun.

Es kommt Polen jedoch nicht allein auf die Zubilligung von Niederlassungsrechten für polnische Bauern, sondern ebenso sehr auf eine großzügige Beschleunigung der jüdischen Auswanderung an. Auch in den amtlichen Kreisen wird heute bereits ganz offen von der Notwendigkeit, Polen von der jüdischen Landplage zu befreien, gesprochen. Interessant ist in dieser Hinsicht ein anderer Artikel der bereits erwähnten offiziösen Korrespondenz, in dem festgestellt wird, daß die Uebersetzung von Handel und Gewerbe eine Verringerung der jüdischen Bewohnerzahl Polens erforderlich mache. Selbst jüdische Politiker hätten davon gesprochen, daß rund eine Million Juden in Polen keine Existenzmöglichkeiten mehr fänden und daß, um einen Ausgleich zwischen der Zahl und der Erwerbsgrundlage der Juden zu schaffen, jährlich mindestens 100 000 Juden aus Polen auswandern müßten. Palästina reiche für die Unterbringung der aus Polen abzuschiebenden Juden nicht aus. Es müßten andere Aufnahmegebiete in Uebersee für die Juden bereitgestellt werden.

Die Nationaldemokraten vertreten in ihrer Presse und ihrem Schrifttum die These, daß die Judenfrage in Polen nur durch eine völlige Verdrängung dieses fremdrassischen Elementes gelöst werden kann. Die Nationalradikalen sind sogar davon überzeugt, daß es einer intensiv betriebenen antisemitischen Bewegung im Laufe von nicht mehr als drei Jahrzehnten gelingt, die gesamte jüdische Bevölkerung zur Abwanderung aus Polen zu zwingen. Das ist denkbar. Daß aber eine Massenabwanderung der Juden aus Polen für das Gastland auch recht unangenehme wirtschaftliche Begleiterscheinungen hat, ist einmal im nationaldemokratischen „Warszawski Dziennik Narodowy“ festgestellt worden. Es wird dort berechnet, daß die nach Palästina ausgewanderten Juden im Jahre 1933 41,8 Mill. Zloty, im Laufe 1934 100,8 Mill. Zloty und im Jahre 1935 169,6 Mill. Zloty, im Laufe der drei letzten Jahre also insgesamt 312,2 Mill. Zloty aus Polen ausgeführt haben. Zu diesem Betrag kommen noch die Summen hinzu, die von den zionistischen Organisationen in Polen gesammelt und nach Palästina gesandt worden sind. Der Verfasser des erwähnten Artikels schätzt das Ergebnis dieser Sammlungen für das Jahr 1935 auf 7,6 Mill. Zloty. Der Abfluß derartiger Summen aus Polen, heißt es dann weiter, trage schon jetzt zu einer Vertiefung der wirtschaftlichen Krise bei. Mit einer Zunahme der jüdischen Abwanderung drohe dieser Vermögensabfluß beängstigende Formen anzunehmen. Es sei daher die Aufstellung eines großzügigen Planes zur Liquidierung des jüdischen Vermögens in Polen notwendig. Wie dieser Plan im einzelnen aussehen soll, wird allerdings nicht verraten. Vermutlich möchte man wohl mit dem jüdischen ähnlich wie mit dem deutschen Besitzstand verfahren, den man sich großenteils recht billig in die Hand gespielt hat.

Bücher über den Osten

Polen. Von Dr. Wilhelm Nölting. Kurt Wolff Verlag, Berlin 1936. 167 Seiten und 128 ganzseitige Bilder. Preis Leinen 4,80 *RM.* — Es dürfte auch einem nachsichtigen Leser schwer fallen, diesem neuen Buche über Polen eine positive Seite abzugewinnen. Nach der brauchbaren Arbeit von Johannes Ahlers ist dieses neue Buch ein bedenklicher Abstieg der deutschen Polenliteratur. Es bietet in sachlicher Hinsicht kaum etwas Neues, könnte von diesem Gesichtspunkt aus also zum mindesten als überflüssig erscheinen. Wenn das der einzige Mangel des Buches wäre, könnte man sich darauf beschränken, sein Erscheinen stillschweigend zur Kenntnis zu nehmen. Es enthält darüber hinaus aber eine so große Zahl sachlicher Fehler, daß man es als unbrauchbar ablehnen muß. Der Streifzug, den Nölting in die geschichtliche Vergangenheit unternimmt, läßt, wenn nicht eine ausreichende Kenntnis der Dinge, so doch eine genügende Sorgfalt ihrer Darstellung vermissen. Mit Begriffen wie „Rasse", „Abstammung", „Nationalitätenstatistik", „Volk", „Bevölkerung" usw. scheint der Verfasser auf Kriegsfuß zu stehen. Wo er die Lage der Deutschen in Polen behandelt, legt er eine Leichtfertigkeit der Betrachtung an den Tag, die vermuten läßt, daß er sich des Ernstes der Dinge, über die er schreibt, nicht hinreichend bewußt ist. Was er über die Wirtschaft Polens sagt, ist von einem Optimismus vergoldet, der in den tatsächlichen Verhältnissen und auch in der polnischen Fachliteratur schwerlich eine Bestätigung findet. Die agrarischen Grundprobleme Polens werden überhaupt nicht erfaßt. Die angeführten Wirtschaftszahlen verfehlen zumeist ihren Zweck, da ihnen die notwendige zeitliche Einordnung mangelt. Bei der Betrachtung des polnischen Schulwesens — aber auch sonst — verwechselt der Verfasser das aufgestellte Programm mit dem tatsächlichen Zustand. In der Darstellung des geistigen Lebens werden die recht verschiedenen Begriffe „polnische Kunst" und „Kunst in Polen" nur in unzureichendem Maße auseinandergehalten. Die wenigen Worte, die Nölting auf Danzig verwendet, hat er anscheinend unbesehen aus der Rüstkammer der polnischen Propaganda entnommen. Daß im deutschen Sprachgebrauch Miedzychod Birnbaum, Wisla Weichsel, Bielsko Bielitz, Gdynia Gdingen, Stanislawow Stanislau heißt, sei dem Verfasser nur nebenbei in Erinnerung gebracht. Ohne dem Verfasser zu nahe treten zu wollen, muß man doch sagen, daß seine häufig moralisierende Art, die Dinge zu sehen und das deutsch-polnische Verhältnis zu werten, eine peinliche Aehnlichkeit mit den üblichen Methoden der polnischen Auslandspropaganda aufweist. Der gute Stil, in dem das Buch im allgemeinen geschrieben ist, kann diesen Eindruck nicht verwischen. Es bleibt noch etwas über die Bilder zu sagen. Im Druckvermerk heißt es, daß die Bildervorlagen vom polnischen Verkehrsministerium stammen und von einem gewissen L. Somogyi ausgewählt und zusammengestellt worden sind. Die Bildtitel erfüllen nicht

Wilno. Stadt zwischen Ost und West. Reisebilder von Marian Hepke. Verlag W. Johne's Buchhandlung, Bromberg 1935. 82 Seiten mit einigen Zeichnungen von K. H. Fenske. — Diese ansprechenden, in der Schriftenreihe „Ostpolen" erschienenen Reisebilder versuchen uns diese Stadt der Gegensätze, die im Grenzraum verschiedener Völker, Konfessionen und Kulturen liegt, verständlich zu machen. Es ist seit dem Weltkrieg wohl zum ersten Mal, daß dieser Versuch wieder von einem deutschen Beobachter unternommen worden ist. Marian Hepke versteht den fremden Stoff zu meistern. Manches, was diese Stadt dem westlichen Besucher an Problemen stellt und an Rätseln aufgibt, wird zwar nicht oder nur flüchtig berührt. Das eine aber weiß die Schrift deutlich herauszuarbeiten: daß Wilna die interessanteste Stadt im östlichen Mitteleuropa ist, daß in ihren Mauern Gegensätze bestehen und vielleicht gelöst werden, die das Schicksal dieses ganzen Raumes bestimmen, daß Wilna ein Stück polnischen Wesens und polnischen Schicksals enthält.

Dr. K.

Das Gesicht der Tschechoslowakei. Von Fritz Rößler. Verlag für Militärgeschichte und deutsches Schrifttum, Fürstenwalde/Spree 1936. 90 Seiten. Preis *RM.* — Auf Lüge und Verrat ist der Staat der Tschechen gegründet. Es ist notwendig, das nicht zu vergessen. Denn daß dieser Staat durch die Entwicklung der letzten Jahre zu einem Vorposten des Bolschewismus in Mitteleuropa geworden ist, ist die notwendige Folge der politischen und geistigen Voraussetzungen, unter denen er das Leben erblickte. Er erfüllt das Gesetz, nach dem er angetreten ist. In klaren, scharfen Strichen wird in der brauchbaren Arbeit Fritz Rößlers, des Lehrers an der Gauführerschule Sachsen der NSDAP., dieses Gesetz und seine Erfüllung umrissen. Die Tschechen haben in St. Germain den Deutschen alle Rechte der freien Entwicklung versprochen, aber, als das Ziel erreicht war, alles gebrochen. Sie haben die Vertreter des slowakischen Volkes um die zugesagte Selbstverwaltung betrogen und den stärksten und mutigsten Verfechter der slowakischen Autonomie, Prof. Tuka, durch ein skandalöses Gerichtsverfahren in den Kerker geworfen. Sie haben sich in Sibirien als Henker und Räuber größten Stiles eine traurige Berühmtheit erworben. Sie haben mit dem kaltherzigen Zynismus ihrer formalen Demokratie sich an dem materiellen und geistigen Besitz des Sudetendeutschtums bereichert. Sie tragen keine Bedenken, durch eine ebenso brutale wie folgerichtige Wirtschaftspolitik die Millionen der unter ihre Gewalt gezwungenen Deutschen in Hunger und Elend verkommen zu lassen. Ihre Politik ist eine fortgesetzte Verneinung des Gedankens einer fried-

lichen Zusammenarbeit in Mitteleuropa. Ihr Staat ist ein blutiger Hohn auf die Ideen, für die sie im alten Habsburgerreich zu kämpfen vorgaben. Es ist ein Gebot der europäischen Selbsterhaltung und Selbstachtung, daß die Oeffentlichkeit des In- und Auslandes über das wahre Gesicht dieses Staates, den eine veraltete Propaganda noch immer mit dem Schein der „religiösen Mission", der „slawischen Friedlichkeit" und der „demokratischen Gerechtigkeit" zu umgeben versteht, aufgeklärt wird. Das Buch von Fritz Rößler kann hier eine Aufgabe erfüllen. Dr. K.

Die Wiederherstellung des alten Stadtbildes von Danzig seit der nationalen Erhebung. Die Arbeiten des Jahres 1934. Von Prof. Otto Kloeppel. Verlag A. W. Kafemann GmbH. Danzig, 1935. 66 Seiten. — Es gibt keine deutsche Stadt gleichen Umfanges, die ihre bauliche Gestaltung so ursprünglich erhalten hat wie Danzig. Zwar hat die Stil- und Geschmacklosigkeit des 19. Jahrhunderts durch An- und Umbauten an den alten hochgiebeligen Bürgerhäusern manches geändert und den klaren Rhythmus der Gesamtwirkung zerstört. Die nationalsozialistische Regierung der Freien Stadt hat es sich zum Ziel gesetzt, diese Verunstaltungen wieder auszumerzen und das alte Stadtbild so weit irgend möglich wiederherzustellen. Fußend auf den Vorarbeiten der Architekturabteilung der Technischen Hochschule Danzig und gestützt auf die finanziellen Mittel des Senates wie auf die verständnisvolle Hilfsbereitschaft der betreffenden Hausbesitzer, ist Prof. Kloeppel als Staatlicher Denkmalspfleger für Baukunst im Gebiete der Freien Stadt daran gegangen, zunächst in den wichtigsten Straßenzügen des alten Danzig, vor allem auf dem Langen Markt, die Häuserfronten in ihrer ursprünglichen Gestalt zu erneuern. Was auf diesem Gebiete im Jahre 1934 geleistet worden ist, wird in dem vorliegenden Bande in Wort und Bild dargestellt. Die 44 ganzseitigen Bilder, auf denen jeweils der alte und der neue Zustand der betreffenden Häuser wiedergegeben ist, vermitteln einen guten Einblick in das rasche Fortschreiten dieses dankenswerten Werkes. Dr. K.

Geldhinterlegung bei Reisen über Danzig: Im Reisebüro des Städtischen Verkehrsamtes in Elbing ist eine Geldhinterlegungsstelle für Seedienst-Reisende eingerichtet worden. Reisende, die von Elbing aus über Zoppot die Schiffe des Seedienstes Ostpreußen benutzen wollen, können hier ihre die Freigrenze übersteigenden Barmittel hinterlegen. An Bord der Seedienstschiffe, also nach dem Wiederaustritt aus dem Danziger Staatsgebiet, können sie den Hinterlegungsschein beim Zahlmeister wieder einlösen. In gleicher Weise besteht auch umgekehrt diese Möglichkeit, wenn man mit dem Seedienst Ostpreußen vom Reich nach Ostpreußen fährt und auf dem Wege auch Danzig besuchen will. In diesem Falle zahlt die Hinterlegungsstelle in Elbing die bei den Zahlmeistern der Schiffe hinterlegten Beträge aus.